

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pabr d

Inhalt

42. Jahrgang / 51

16. März 1987

Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, schildert die Ausgangssituation der vierten Runde der Gespräche über konventionelle Rüstung: Verhandlungen über konventionelle Rüstungen müssen aufgenommen werden.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB warnt die Unionsländer vor einer kurzsichtigen Kohlepolitik: Verträge müssen gehalten werden.

Seite 3

Heinz Menzel MdB skizziert die Situation auf dem Welt-Energiemarkt: Probleme und Perspektiven unserer Energiepolitik. (Teil I)

Seite 4

Verhandlungen über konventionelle Rüstungen müssen aufgenommen werden

Die Bundesrepublik ist Hauptbetroffener

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet haben sich in Wien heute zum vierten Mal Vertreter der 16 NATO-Staaten und der sieben Warschauer-Pakt-Staaten getroffen. Diese Gruppe der 23 hat die Aufgabe, sich darüber zu verständigen, in welchem Rahmen Verhandlungen über die konventionelle Rüstung vom Atlantik bis zum Ural stattfinden sollen (prozedurale Frage) und worüber verhandelt werden soll (substantielle Frage). Umfassende Verhandlungen über die konventionellen Rüstungen sind längst überfällig, unabhängig davon, ob man sich auf ein separates Abkommen über die nuklearen Mittelstreckenwaffen (Null-Lösung) einigt oder nicht. Bei den Bedrohungsbildern, die beide Seiten voneinander zeichnen und der behaupteten Überlegenheit der jeweils anderen Seite ist es unverständlich, daß umfassende Verhandlungen über konventionelle Rüstungen ein Stiefkind der Abrüstung geblieben sind.

Prozedural werden zwei Herangehensweisen geprüft: Entweder im Rahmen der KSZE, das heißt zwischen den 35 KSZE-Staaten oder von Block-zu-Block, wie dies in der Gruppe 23 gegenwärtig versucht wird, wobei es sich momentan noch nicht um Verhandlungen handelt, sondern um informelle Vorgespräche. Die USA favorisieren die Block-zu-Block-Verhandlungen. Frankreich ist strikt dagegen und möchte keine erweiterte MBFR (die seit 14 Jahren in Wien ergebnislos laufen). Die UdSSR, die bei genauerem Hinsehen auch Block-zu-Block-Verhandlungen vorzieht, zeigt sich flexibel und wäre offenbar auch bereit, sich auf eine dritte Möglichkeit einzulassen: Die Gruppe der 23 ist der Verhandlungsrahmen, die Neutralen und Nichtpaktgebundenen können ihre Vorschläge machen und das Ganze steht in einer lockeren Verbindung mit dem KSZE-Prozeß. Die Bundesregie-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120498

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by Schmidt-Rohlfing
Bonn



nung neigt offenbar dazu, Frankreich zu folgen. Das heißt die Gruppe der 23 ist der Kern der Verhandlungen. Jedoch müßte ein akzeptables Arrangement gefunden werden, die Neutralen mit einzubeziehen und die KSZE-Konferenzen zu beteiligen.

Ist die Entscheidung über den Rahmen der Verhandlungen schon schwierig, so scheinen die Ausgangspunkte und Ziele der Beteiligten in der Sache so gegensätzlich zu sein, daß eine baldige Verständigung unwahrscheinlich ist. Übereinstimmung besteht zwischen den Staaten der NATO und der Warschauer Vertrags-Organisation lediglich darüber, konventionelle Stabilität vom Atlantik bis zum Ural zu sichern. Gegensätze gibt es darüber, wie die heutige militärische Lage aussieht und darüber, wie die konventionelle Stabilität erreicht werden kann. Da die NATO davon ausgeht, daß heute kein konventionelles Gleichgewicht besteht und der anderen Seite sogar eine Invasionsfähigkeit zugeschrieben wird, soll der Warschauer Pakt erheblich mehr reduzieren, um so auf einen Gleichstand zu kommen. Der Warschauer Pakt geht dagegen von einem annähernden militärischen Gleichgewicht aus und will lediglich symmetrisch reduzieren, in dem Maße wie die NATO abrüstet. Dieser unterschiedliche Ausgangspunkt wird auch deutlich in einem Papier, an dem das Bundesverteidigungsministerium und das Auswärtige Amt mitgewirkt haben und Grundlage für die bundesdeutsche Verhandlungsdelegation innerhalb der Gruppe der 23 sein soll. In diesem Papier wird von der die „Sicherheit des Westens beeinträchtigenden Asymmetrien und Unausgewogenheiten“ gesprochen. Es wird davon ausgegangen, daß der Warschauer Pakt die „Fähigkeit zur Führung eines konventionellen strategischen Angriffs mit Aussicht auf Erfolg zur Inbesitznahme Europas“ besitze „(Wenn die NATO nicht über ausreichende nukleare Optionen verfügt.“ Diese „Invasionsfähigkeit“ will die NATO abbauen. Wodurch? Durch ein sogenanntes „Regionalkonzept“, bei dem Europa in drei Regionen aufgeteilt wird.

Als Ergebnis aller Verhandlungsschritte wird „Parität bei kampfentscheidendem Großgerät in den vergleichbaren Teilregionen“ angestrebt. Dann kommt in dem Papier allerdings der ernüchternde Satz, daß nämlich dem Bundesverteidigungsministerium und dem Auswärtigen Amt bewußt sei, daß dieses Konzept „nur schwer verhandelbar“ sein werde. Nach dem Bonner Verhandlungskonzept komme es allein auf die UdSSR an, das heißt die Erfolgsaussichten der konventionellen Rüstungskontrolle werden vor allem von der Sowjetunion bestimmt. Dies ist auch der Tenor eines Artikels des Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium Dr. Lothar Rühl in der „FAZ“ vom Freitag (13. März 1987, Seite 9). Heißt das, daß man selbst an Verhandlungsmasse nichts anzubieten hat?

In der Wissenschaft von der Rüstungskontrolle und Abrüstung ist man sich seit einiger Zeit einig, wie man die Stabilität herstellen kann. Nämlich durch Rüstungskontrolle den Streitkräften ihren bedrohlichen Charakter zu nehmen, ihre Struktur und ihr Verhalten durchschaubar und berechenbar zu machen und die militärische Lage auf einem bestimmten Stand zu fixieren. Das heißt: Alle Ansätze, die lediglich versuchten, sich mit prozentualen beziehungsweise absoluten Truppenreduzierungen zu begnügen, führen nicht weit. Darin stimme ich Lothar Rühl zu. Der Königsweg geht über Veränderungen der Struktur von Streitkräften und ihrer Dislozierungen, damit diese keine Optionen zum risikolosen Angriff haben. Verhandlungsgegenstand sind also Optionen und nicht Ziffern, wenn man es pointiert formulieren wollte.

Dies ist natürlich sehr schwierig, dennoch sind die Aussichten so schlecht nicht, nachdem auch der Warschauer Pakt in seiner Budapester Erklärung vom Juni 1986 zum ersten Mal seine Bereitschaft erklärt hat, auch über Militärstrategien zu sprechen. Ohne die Einbeziehung der unterschiedlichen Militärstrategien beziehungsweise -doktrinen von NATO und Warschauer Pakt sind Verhandlungen über konventionelle Abrüstung vom Atlantik bis zum Ural nicht wirklich stabilisierend i.S. von Kriegsverhinderung. Hier kommt nicht nur auf die Europäer insgesamt eine schwere Verantwortung zu. Die Bundesrepublik als Hauptbetroffener muß hier besonders initiativ werden und versuchen, mit anderen Hauptbetroffenen Entwürfe zur Diskussion zu stellen, damit die Sicherheitslage in Europa verbessert wird. Ist sie dazu in der Lage?

(-/16.3.1987/st/ks)

* * *



Verträge müssen gehalten werden

Der kurzfristige Patriotismus der Unions-Länder

Von Horst Niggemeier MdB
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen

Die unions-regierten Länder rüsten jetzt zum Kesseltreiben gegen die deutsche Kohle. Falsch verstandener Länderpatriotismus in Reinkultur. Ort der Handlung soll die am 18./19. März stattfindende Länder-Wirtschaftsministerkonferenz sein. Dort steht die Energiepolitik auf der Tagesordnung und damit auch die Frage, wie es mit dem sogenannten „Kohlepfennig“ weitergehen soll. Nur eine ausreichende Erhöhung dieser auf die Stromrechnungen der Verbraucher aufgeschlagenen „Ausgleichs-abgabe“ - die im Falle eines niedrigeren Ölpreises im Vergleich zum Kohlepreis die Verstromung der jederzeit verfügbaren deutschen Kohle sichern soll - wird dem einheimischen Bergbau über die derzeitigen Schwierigkeiten hinweghelfen.

Doch gegen diese Erhöhung laufen die unions-regierten Länder Sturm. Da darf man sich auch nicht täuschen lassen durch Zeitungsschlagzeilen vom Wochenende, die da lauten „Albrecht für den Kohlepfennig“ („Die Welt“ vom 13. März). Es heißt dort nämlich in der weiteren Schilderung der Albrecht-Meinung auch noch:

„Albrecht hält es für ‚völlig absurd‘, den Kohlepfennig zu erhöhen, wenn der Ölpreis sinkt. Öl sei nicht mehr der Konkurrent der Kohle bei der Stromerzeugung. ‚Dieser Bezug muß weg, und der kommt auch weg.‘“

Der niedersächsische Regierungschef hatte schon am 30. Januar beim Bundeskanzler entsprechend interveniert. Sein schleswig-holsteinischer Amtskollege Barschel legte am 17. Februar mit einem weiteren Brief an Kohl nach:

„In Übereinstimmung mit meinem niedersächsischen Kollegen, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Albrecht, halte ich es daher für notwendig, das Dritte Verstromungsgesetz in mehreren Punkten, insbesondere beim Ölausgleich zu ändern.“

Wesentlich deutlicher brachte der bayerische Wirtschaftsminister Anton Jaumann an die Adresse des Bundeswirtschaftsministers zum Ausdruck, wo es in Zukunft mit der deutschen Kohle lang gehen soll:

„Der sogenannte Ölausgleich im Dritten Verstromungsgesetz ist ersatzlos zu streichen. Eine Koppelung des Kohlepfennigs an den Preis des schweren Heizöls entspricht nicht mehr den Gegebenheiten.“

Die Anti-Kohlefront der unions-regierten Länder hat sich formiert. Da scheint es keine Rolle unter den Unions-Kameraden zu spielen, daß sie mit ihren Aktivitäten ihren eigenen Kanzler und seine vor den Wahlen gegebenen Zusagen in das Zwielicht des Wort- und Vertrauensbruches rücken. Auch der Versuch des Vertrags- und Rechtsbruchs in der Kohlepolitik rückt in greifbare Nähe, dann auch dies ist zu beachten:

„Die Ausgleichsabgabe ist Geschäftsgrundlage des Jahrhundertvertrages. Es bestehen klare Rechtsansprüche.“

Diese Feststellung stammt nicht etwa aus dem Arsenal sozialdemokratischer Dokumente für die Kohlevorrang-Politik, sondern ist einem Positionspapier von Ludwig Gerstein, dem energiepolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, zu entnehmen.

Es kann und darf wohl nicht übersehen werden, daß die auf den Kernenergiestrom fixierten Unionsländer in der notwendigen Erhöhung der Ausgleichsabgabe (Kohlepfennig) einen Hebel zu erkennen glauben, mit dem sie die kontroverse Diskussion über die weitere Nutzung der Kernenergie kanalisieren können. Größte rechtsstaatliche Bedenken müßte es jedoch auslösen, wenn diese politisch zu führende und politisch zu entscheidende Diskussion mit dem Mittel des Rechtsbruchs und der Verletzung des Vertrauensschutzes in eine bestimmte Richtung gedrängt werden soll. Da drängt sich ein von dem Lateiner Franz Josef Strauß gern zitierter Spruch auf: *Pacta sunt servanda* - Verträge müssen gehalten werden.

(-/16.3.1987/st/ks)

Probleme und Perspektiven unserer Energiepolitik (Teil I)

Versuch einer Bestandsaufnahme

Von Heinz Menzel MdB

Es gibt keinen Zweifel: Momentan gibt es auf dem Weltmarkt einen Überfluß an Primärenergieträgern.

Das hat, wie wir erleben, Auswirkungen auf die Energiepreise, das Verbraucherverhalten, die energiepolitische Diskussion und auf energiepolitische Entscheidungen.

Drei Faktoren sind für die derzeitige Situation auf unserem Energiemarkt ausschlaggebend:

- Der Ölpreisverfall (bedingt durch Einsparung infolge technischer Entwicklung);
- der Dollarsturz (der zusätzlich zur Senkung des Ölpreises führte, weil international der Ölpreis in Dollar berechnet wird);
- der Überfluß an Primärenergieträgern auf dem Weltmarkt.

Es ist nur verständlich, daß bei dieser - gegenüber den 70er Jahren - veränderten Situation gefragt wird, ob sich daraus Konsequenzen für unsere Energiepolitik ergeben müssen.

Diese Überprüfung muß unter zwei Aspekten erfolgen:

1. Soll an der Kohlevorrangpolitik, das heißt das jetzige Förderungspotential als Grundstock der Energieversorgung, festgehalten und der Absatz dieser Förderung durch Subventionen gesichert werden?
2. Welche Rolle soll die Kernkraft bei der künftigen Energieversorgung spielen?

Auf kaum einem anderen Wirtschaftssektor sind langfristige Entscheidungen notwendiger, als auf dem energiepolitischen, denn von der Entscheidung, ein Kraftwerk zu errichten, bis zur Inbetriebnahme, muß man mit einem Zeitraum von acht Jahren, von der Entscheidung, eine Schachtanlage zu errichten, bis zur ersten Förderung, mit einem noch größeren Zeitraum rechnen.

Dazu kommt, daß man Förderanlagen nicht vorübergehend stilllegen, sondern nur betreiben oder abwerfen und damit vernichten kann.

Daraus ergibt sich, daß energiepolitische Entscheidungen langfristig überdacht und angelegt sein müssen.

Bei diesen Entscheidungen sind nicht nur die betriebswirtschaftlichen, sondern auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen zu berücksichtigen. Gerade dabei dürfen Erfahrungen die wir noch in der jüngsten Geschichte gemacht haben, nicht außer acht bleiben.



Die große Gefahr ist, daß energiepolitische Entscheidungen aus einem Blickwinkel, der nicht über den Tellerrand hinaus geht, getroffen werden, das heißt, daß man davon ausgeht, daß international die energiepolitische Situation des Überangebots und des damit verbundenen Niedrigpreises (der für uns durch den günstigen Dollarkurs noch verstärkt wird) als langfristig anhaltend bestehen bleibt.

Schon hier bestehen große Zweifel. Es sei nur an einige Fakten, die auf die Energiegewinnung und den Verbrauch großen Einfluß haben, erinnert.

Die Weltbevölkerung hat sich in den letzten 50 Jahren mehr als verdoppelt (von zwei auf fünf Milliarden), sie steigt drastisch weiter und wird im Jahre 2000 mehr als sechs Milliarden betragen. Zweidrittel der Weltbevölkerung lebt in Entwicklungsländern. Die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ist nicht nur ein moralisches Gebot, sondern auch ein Gebot der politischen Vernunft.

Eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Milliarden von Menschen wird ohne Steigerung des Energiebedarfes nicht möglich sein (der Verbrauch an Primärenergie pro Kopf liegt zu Zeit zwischen 12 t/SKE in den USA und 0,5 t/SKE in den Entwicklungsländern) und wird trotz Anwendung neuer Technologien und alternativer Energienutzung zum höheren Verbrauch traditioneller Energieträger führen, auch wenn der Primärenergieverbrauch in den hochindustrialisierten Ländern durch technische Entwicklung, Energiesparmaßnahmen und Nutzung alternativer Energien auf dem jetzigen Stand gehalten werden kann, sich also nicht erhöht. Man geht davon aus, da der Energieverbrauch im Jahre 2000 von jetzt 11 Milliarden/t/SKE auf 15 Milliarden/t/SKE steigt.

Die Reserven an Erdöl und Erdgas sind begrenzt (von den heute bekannten geologischen Vorräten entfallen circa 80 Prozent auf Kohle und circa 20 Prozent auf Öl und Gas. Der Verbrauch dagegen stützt sich zu 2/3 auf Öl und Gas und 1/3 auf Kohle). Die Gewinnung macht einen immer größeren technischen Aufwand erforderlich. Das wird sich nicht nur auf das Angebot, sondern auch auf die Preise auswirken. So kostet heute zum Beispiel schon die Förderung einer Tonne Nordsee-Öl ein Mehrfaches von dem, was die Förderung des Öls in Vorderasien kostet.

Der Dollarkurs ist von Faktoren abhängig, auf die wir kaum Einfluß haben. Wenn zum Beispiel - und dies ist schon nach der nächsten Präsidentenwahl denkbar - die Amerikaner ihre gigantischen Rüstungsausgaben und ihr Leistungsbilanzdefizit senken und der Dollar dadurch wieder einen realistischen Kurs einnimmt, wird das Auswirkungen auf den Ölpreis auch bei uns haben.

Wie abhängig wir von diesen von uns kaum zu beeinflussenden Faktoren sind, haben uns die Verknappung des Ölangebotes und die damit verbundene Ölpreisexplosion 1973 und 1979 sowie die Kurssprünge des Dollars in den letzten fünf Jahren gezeigt.

Weiter kann auch selbst von den Kernenergie-Befürwortern die Diskussion um die Nutzung der Kernenergie - in fast alle Länder - nicht übersehen werden. Ganz vorsichtig ausgedrückt ist die Zahl der Befürworter sicher nicht gestiegen, im Gegenteil, die Zahl derer, die den Einsatz der Kernenergie nicht verantwortbar halten, steigt, und einige Länder (zum Beispiel Schweden) haben bereits den Ausstieg beschlossen.

Wie stellt sich die energiepolitische Situation bei uns dar?

In der Bundesrepublik Deutschland gab es einen energiepolitischen Konsens, der gekennzeichnet war von der Erkenntnis, daß die heimische Kohle einen bestimmten Anteil der Energieversorgung zu leisten hat (Kohlevorrangpolitik); der aber auch die Nutzung der Kernenergie beinhaltet.

Dieser Konsens ist spätestens nach Tschernobyl zerbrochen, weil ein Großteil der Bevölkerung und ein Teil der gesellschaftlichen Gruppierungen und der Parteien, die Verantwortbarkeit des Einsatzes von Kernenergie nicht nur in Frage stellt, sondern sogar verneint und den Ausstieg anstrebt.

Allen verantwortlichen Kräften - dabei sind ausdrücklich die auszunehmen, die einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft anstreben und meinen, dies über den Ausstieg aus der Kernenergie erreichen zu können - wird bewußt, daß eine solche Entscheidung nicht mit knappen Mehrheiten getroffen werden kann, weil sie unser Volk spalten würde. Diese Erkenntnis kommt in dem Beschluß des SPD-Parteitag von Nürnberg, in dem es heißt; „Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Konsens und Gesetzgebungsmehrheiten“, wie auch in den gleichgerichteten Äußerungen führender Wirtschaftsvertreter, zum Ausdruck.

Frage ist, wie ein tragfähiger Konsens erzielt werden kann. Vertritt man die Ansicht, daß in der Energiepolitik nach einem neuen Konsens gesucht werden muß, darf diese Frage von den Ausstiegsbefürwortern nicht mit der unabdingbaren Forderung nach Ausstieg sofort oder innerhalb einer kurzen Frist - und von den Kernenergiebefürwortern nicht mit der grundsätzlichen Ablehnung des Ausstiegs belastet werden, weil beides, wie sich zeigt, zur Zeit in der Gesellschaft nicht konsensfähig ist.

Grundsätzlich ist auch die Frage zu klären, ob an der Kohlevorrangpolitik festgehalten werden soll, weil das nur mit Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat möglich und am besten mit Unterstützung der Gewerkschaften und der Wirtschaft zu realisieren ist.

Die in und außerhalb der Parlamente zu führende Diskussion sollte, soweit es bei diesem Thema möglich ist, ohne taktische Winkelzüge erfolgen. Fakten sollten ausschlaggebend sein, Konsens und nicht Sieger und Besiegte am Schluß stehen. Konsens heißt, daß große Mehrheiten in der Gesellschaft und den Parlamenten das Ergebnis bejahen.

(-/16.3.1987/st/ks)

(Der zweite Teil und Schluß erscheint in unserer morgigen Ausgabe).

* * *

